1 D 20079 E

LSI Lebensschutz-Informationen



Monatsschrift zur Rettung und Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen für Mensch + Tier + Pflanze + deren Umwelt

Herausgegeben vom

Weltbund zum Schutze des Lebens WSL-D

Bundesverband Deutschland e. V.

16. Jahrgang Nr. 1 Januar 1985

Es tut ja keiner etwas!

Wenn Du heute beginnst, dann tut bereits einer etwas!

Was tut der WSL?

Gute Wünsche für das Neue Jahr!

Gelegentlich erhält die Bundesgeschäftsstelle Austrittserklärungen aus dem WSL mit der Begründung, es würde nichts getan, nur LSI-Lesen reiche nicht.

Das Nur-Lesen reicht sicher nicht, aber es ist dies auch nicht gemeint. Die in den LSI mitgeteilten Anregungen und Vorschläge für eigenes Tun bedürfen der Umsetzung in die Tat durch jeden einzelnen, wenn Lebensschutz von unten nach oben verwirklicht werden soll.

Durch Vorschläge und Eingaben „von oben" – bis zu den Regierungserklärungen – geschieht sehr wenig. Veränderungen können hingegen einzelne Menschen bewirken, die an möglichst vielen Orten gezielt einzelne Maßnahmen zum Schutze des Lebens bekannt machen und durchsetzen. Das erfordert eigene Arbeit und ist sicher oft mühsam, aber in einer Zeit, in der die Menschen den Anspruch erheben, mündig und selbstverantwortlich zu sein, können sie nicht auf Befehle von anderen warten.

Der WSL ist keine Riesenorganisation, mit Hauptgeschäftsführer usw., die vollberuflich Lebensschutzarbeit machen, bezahlt durch die Mitgliederbeiträge. Wäre das überhaupt erstrebenswert? Wozu haben wir Umweltministerien und ein Umweltbundesamt? Ein Weltbund zum Schutze des Lebens hat seine eigentliche Stärke in der Tätigkeit von möglichst vielen Menschen – in möglichst vielen Ländern, so wäre zu wünschen, was aber gegenwärtig nicht der Fall ist – die sich überall einsetzen für Aufklärung und Durchführung von Lebensschutzmaßnahmen. Dabei stand für viele Jahre die Aufklärung über allgemein nicht erkannte oder verschwiegene Schäden durch die Industriegesellschaft im Vordergrund.

Gegenwärtig stehen wir wieder vor einer für uns alle gewichtigen Entscheidung, der Einführung von Katalysatoren in Motorfahrzeuge mit der Begründung, damit das Waldsterben aufhalten zu können. Ähnlich wie bei der Einführung der Atomenergie gibt es keine öffentliche Pro und Contra-Diskussion, obwohl vereinzelte Stimmen Bedenken angemeldet haben. Gleichzeitig wird mit allen Mitteln verhindert, daß das in den LSI bereits mehrfach erwähnte Baur-System öffentlich gefördert wird.

Fortsetzung auf Seite 3

Hainburg oder die Zerstörung der Erde

Der Römer Tacitus berichtet von unseren Vorfahren: „Übrigens glauben sie, daß es der Hoheit der Himmlischen nicht entspreche, die Götter in Tempelwände einzuschließen oder sie in irgendeiner menschlichen Gestalt nachzubilden: Haine und Waldwiesen weihen sie ihnen und nennen mit dem Namen von Göttern jenes Verborgene, das sie nur in ehrfurchtsvoller Ahnung schauen."

Es liegt nahe, bei dem Namen „Hainburg" als Ortsbezeichnung für eine im deutschen Volkstumsbereich Österreichs gelegene Stätte sich dieser Überlieferung zu erinnern, da wie in ähnlich genannten Orten ein altes Heiligtum vermutet oder sogar bezeugt werden kann.

Um dieses Hainburg ging es, als Tausende vornehmlich junge Menschen, gewiß ohne Bewußtsein einer solchen Erinnerung, sondern „nur" um der Erhaltung des Lebens willen, einen großen Auwald an der Donau „besetzten", der der Errichtung eines neuen Großkraftwerkes geopfert werden soll. Immerhin geht es um 1,2 Millionen gesunder Bäume, in Worten eine Million und zweihunderttausend Bäume, die dem Moloch oder Phantom „Energie" zuliebe gefällt werden sollen. Wenn nicht zuvor schon, so ist angesichts des Waldsterbens dies ein Holocaust an Lebewesen, die einst dem Menschenleben gleichwertig geachtet wurden, wie anders wären sonst die strengen Gesetze der alten Zeit gegen Baumfrevel zu verstehen, die dem Täter in gleicher Weise „heimzahlten": einen mutwillig in einem heiligen Hain abgehauenen Zweig mußte er durch Opferung seiner Hand oder gar des Armes büßen, für den Wipfel mit seinem eigenen Haupt.

Nun gibt es schon längst seit Einführung des Christentums keine „heiligen Haine" mehr, allenfalls heute „Naturschutzgebiete", den Museen vergleichbar, in denen selten Gewordenes aufbewahrt wird. Doch bedeutet der Mord an 1,2 Millionen Bäumen einen Eingriff in das „Öko-System", der seinesgleichen sucht und zugleich einen unersetzlichen Verlust von „Heimat", also von seelischem Lebensraum, der noch nie dem Menschen so not-

wendig war wie heute angesichts der zunehmenden seelischen Ver-„wüstung" und Verindustrialisierung unserer Landschaften. Verständlich also der erbitterte Widerstand, der in Österreich geleistet worden ist: Als die Zerstörer mit ihren Motorsägen und Transportgeräten anrückten, fanden sie die Forsten von solchen besetzt, die sich nicht scheuten, mit ihrem eigenen Leib die Bäume zu schützen, indem sie sich an diese klammerten oder gar an die beabsichtigte Schnittstelle ihren Arm legten, um damit die lebensvernichtende Säge aufzuhalten.

Wer die Bilder im Fernsehen beobachtete, konnte wahrnehmen, mit welcher Brutalität die sog. „Hüter der Ordnung", bewehrt mit Stahlhelmen amerikanischer Herkunft, zugriffen, um die Baumschützer „wegzuräumen", wie man Gestrüpp oder andere Hindernisse wegräumt, die eigenen Absichten im Wege sind. Das gehört eben dazu, weil man damit rechnet, aber keineswegs den Motiven von Menschen „Rechnung trägt". Für welche „Ordnung" nun treten diese „Hüter" ein? In wessen Namen handeln sie? Im Namen des „Staates" wohl kaum, denn der Staat ist gestaltete Volksgenossenschaft. Und kann es im Dienste und Sinne des Volkes sein, hier Wurzeln – in jedwedem Sinne verstanden – zu zerstören, um einem Wahn nach mehr Energie zu folgen? Wie lange noch nehmen wir diesen Wahnsinn hin?

W.G.H.

Aufschub des Kraftwerkbaus

Inzwischen hat am Mittwoch, dem 2. Januar der Verwaltungsgerichtshof in Wien einen vorläufigen Bauaufschub für die Rodungsarbeiten verfügt. Wir hoffen, in der nächsten Ausgabe ausführlicher berichten zu können. Schon jetzt läßt sich aber feststellen, daß ohne den aufopfernden persönlichen Einsatz so vieler Menschen, dieses erste Ziel nicht hätte erreicht werden können.

Staat ohne Staatsbürger?

Bürger ist jeder Staatsangehörige einer Nation. Was aber einen wahren Staatsbürger ausmacht, hat vor rund 2.500 Jahren im alten Griechenland schon der berühmte Perikles gesagt: „Wir halten denjenigen, der an Gemeinschaftsbelangen keinen aktiven Anteil nimmt, nicht für einen ruhigen, sondern für einen **unnützen** Mitbürger!" Aus dieser historischen Sicht gesehen, müßte sich in unserem heutigen Gemeinwesen mancher vorhalten lassen, ein absolut unnützer Bürger zu sein! Das aber ist letztlich ein gravierender Vorwurf an zahlreiche Politiker der BRD, da sie seit Jahren alle jene Mitbürger diskriminieren, die anderer Meinung sind als sie, und die eine bessere Vorstellung von demokratischer Praxis haben, als jene Parteipolitiker von CDU, CSU, SPD und FDP!

Es ist also kein Wunder, daß es in unserem Staate so wenige echte Staatsbürger gibt, die nicht bereit sind, sich kritiklos als gefügiger Untertan eines inzwischen schwer entarteten, teilweise schon pseudodemokratischen Gemeinwesens anzupassen.

Einer von diesen zu wenigen Aufrechten ist Ernst-Otto **Cohrs** in Rotenburg, der sich unter Einsatz von Kraft, Zeit und Geld seit Jahrzehnten um die Wiedergewinnung, Erhaltung und Förderung einer natürlichen Bodenbeschaffenheit müht. Zusammen mit anderen wahren Staatsbürgern hat er die fundamentale Bedeutung des Schutzes und der Pflege gesunden Bodens und darauf gedeihender Pflanzen immer und immer wieder aufgezeigt! Und das seit mehr als 3 Jahrzehnten, schon zu einer Zeit, als von Umwelt und Umweltgefährdung kein einziger bundesdeutscher Politiker sprach! Daß Ernst-Otto Cohrs diesen staatspolitisch höchst wertvollen Einsatz gegen den vielfachen Widerstand zahlreicher Parteipolitiker, Amtsträger und Staatsdiener leistete und noch leistet, ist ein erschreckendes Indiz für die Untauglichkeit so vieler Politiker in unserem Lande! Ja, es rechtfertigt die Vermutung, daß zu viele von ihnen regelrecht staatsschädigend gewirkt haben bzw. noch wirken! Beispiele dafür haben Presse, Funk und Fernsehen in Mengen aufgezeigt!

Ein besonders schlimmes Exempel leisteten sich bundesdeutsche Politiker auf dem Gebiet der Atom-Energie! Einige wenige Pressemeldungen erhellen das schlagartig:

DER SPIEGEL, vom 17.12.84 meldet unter dem Titel „Milliardengrab Kalkar" unter anderem: „Über dieses Monster stand im SPIEGEL vom 19. Oktober 1981 (!) zu lesen, er werde nicht früher als 1986 fertig, werde nicht die damals veranschlagten 5,4 Milliarden Mark kosten, sondern mindestens 7 Milliarden (!!) und er werde niemals mehr Plutonium erbrüten, als er selbst verbraucht. Diese Voraussagen sind nun, gut drei Jahre später, Punkt für Punkt eingetreten, wie wütend **die Atomlobby** damals auch dagegen angerannt war. Der Kalkar-Brüter **wird also nicht beweisen können,** daß Kernkraft die **sichere** und preiswerte Energie der Zukunft ist. – Ebensowenig **wie die übrige Nukleartechnik** ist die Brüter-Technologie vom Markt her gekommen, nein, **der Nationalstaat hat sie den Bürgern einfach aufgedrückt."**

Diese bislang nicht widerlegte Aussage des prominentesten deutschen Nachrichten-Magazins läßt doch nur die Schlußfolgerung zu, daß die Beauftragten des Staates kriminell, weil gegen die Verfassung gehandelt haben! Und wenn dann der weitaus größte Teil der 7 Milliarden Mark für den 'Wahnsinn Schneller Brüter' aus der Steuerkasse der Gemeinschaft vergeudet wurde, ergibt sich doch die zwingende Frage nach der Haftung derjenigen, welche diesen ungeheuren Schaden zu verantworten haben. Die Verantwortung dafür liegt natürlich wesentlich bei jenen Politikern diverser Parteien, welche als Bundesminister und/oder Länderminister unter Anrufung Gottes geschworen haben, Schaden vom Volke abzuwenden! Wer also erhebt namens des Volkes endlich Anklage gegen die hier Verantwortlichen? Allein diese Anklage-Erhebung kann ausweisen, daß unser Staat noch eine voll funktionierende Demokratie ist, deren Verfassung unantastbar auch und vor allem durch Minister und andere Staatsdiener bleibt!

Wenn Staatsbürger, wie Ernst-Otto Cohrs und viele seiner Freunde mutig gegen die Aushöhlung unseres Staatswesens besonders auch durch kriminelle Ausweitung der Atom-Energie auftreten, so erfüllen sie eine Pflicht, welche als Grundlage jedes demokratischen Gemeinwesens anzusehen ist, das seine **Staatsform,** wie auch seine **Existenz** bewahren will!

Aus drucktechnischen Gründen Anzeigeneinsendeschluß am 25. des Monats

Aus dem Inhalt **Seite**

Unsere Demokratie aber ist längst, wenn auch schleichend und von der Masse des Wählervolkes kaum bemerkt, von unfähigen, korrupten und verantwortungslosen Parteigängern deformiert worden. Die Wiederherstellung und der Schutz der Demokratie kann nur gelingen, wenn immer mehr Bürger sich endlich auch als mündige Staatsbürger verhalten. Das heißt Engagement und Einsatz für das Gemeinwesen mit allen Kräften. **Ein ruhiger Bürger kann kein wahrer Staatsbürger sein!** Durch ruhige Bürger erfährt die Gemeinschaft nichts von den staatsschädigenden Machenschaften profitlüsterner Kreise, wie sie zum Beispiel im Falle „Schneller Brüter Kalkar" gewirkt haben!

Das Jahr 1985 kann entscheidenden Wandel für die Bundesrebuplik Deutschland bringen, und damit Hoffung auf eine dringend erforderliche Regeneration insgesamt, wenn endlich die Zahl der unruhigen Staatsbürger die der angepaßten Bürger überwiegt, die nichts weiter als ihre „Ruhe" wollen!

Es ist an der Zeit, daß die Gesamtheit begreift, in welch tödliche Gefahr sich unser Gemeinwesen durch die verantwortungslose Ausweitung einer technisch unvollkommenen, nicht wirklich entsorgungsfähigen Atomspaltungs-Praxis hat bringen lassen. Zu dieser ungeheuren Bedrohung ist inzwischen das verheerende Waldsterben gekommen, dessen Ausmaß und Folgen apokalyptische Perspektiven annehmen können!

Allein die volle Wiederherstellung demokratischer Grundlagen, wie sie der Absicht und dem Geist des Grundgesetzes der Bundesrepublik entspricht, kann unser Gemeinwesen vor dem Ruin bewahren. Jeder, der jetzt noch zu den „ruhigen" Bürgern gehört, möge bedenken, daß es hohe Zeit geworden ist, unruhig zu sein!

Wilhelm Liebtrau

Fortsetzung von Seite 1

Alle Eingaben bei Bundesinnenministerium und Umweltbundesamt vom WSL-D haben bisher nur Ablehnung erfahren. Als einzige Alternative bleibt die Selbsterfahrung unserer Leser und Mitglieder und ihre Aufklärungsaktion an ihrem jeweiligen Wohnort. Auf diese Weise ist seit dem 1. Seminar über das Baur-System im COLLEGIUM HUMANUM, Vlotho, sehr viel geschehen.

Die Hinweise in den LSI haben ebenso eine ganze Reihe Leser veranlaßt, sich persönlich um diese Alternative zu kümmern und sie in ihrem Heimatort bekannt zu machen. Als Beispiel und Anregung, wie man vorgehen kann, die Berichte von und über den Einsatz von Werner Herrmann, Bäckerstraße, Rinteln, Mitglied im WSL.

UHW

Was ich tue.

Liebe Freunde!

Mit den besten Wünschen für ein gesegnetes und besinnliches Weihnachtsfest sowie für eine gute Gesundheit im Neuen Jahr – in dem uns der Frieden erhalten bleiben möge – schicke ich Euch die beigefügten Zeitungsartikel, – ein Zeichen der Hoffnung, daß vielleicht noch Rettung möglich ist. Macht bitte Euren Kindern und Enkeln, Euch und der Natur ein sinnvolles und zukunftweisendes (Weihnachts-)Geschenk, indem Ihr diese abgasentgiftenden Zünd-Kondensatoren in Euere Autos einbauen laßt, Werkstätten an der Übernahme des Einbaus interessiert und Eueren Freundes- und Bekanntenkreis zu gleichem Tun ermuntert. Setzt Euch bitte mit dem Erfinder, Ing. Heinz Baur, 3414 Hardegsen, Tel. 05505/1551 im Solling in Verbindung. Für Rinteln und Umgebung wird ab Januar 1985 den Einbau übernehmen:

Autowerkstatt Lutterloh in Engern, Tel. 05751/75492 und

Tankstelle Peterding in Möllenbeck, Tel. 05751/3761.

Herzliche Grüße

Werner Herrmann, Bäckerstraße 21, 3260 Rinteln

Fahrt mit zwei Tankstellenbesitzern zu Dipl. Ing. Baur in den Solling

Am 27. Dezember lud Werner Herrmann zwei ihm bekannte Tankstellenbesitzer ein, mit ihm zu Herrn Baur zu fahren, um sich an Ort und Stelle vom Erfinder selbst das Baur-Zündsystem erklären zu lassen. Die Schaumburger Zeitung berichtete über das Ergebnis auf der ersten Lokalseite ihrer Ausgabe vom 19.12.84 Kommentar von Herrn Baur dazu: Zum ersten Mal in einer Tageszeitung positiv über unser System berichtet.

Bessere Beschleunigung und 90prozentige Kraftstoffverbrennung

Mit Heinz Baurs Erfindung hätten Autoabgase schon seit 1968 entgiftet werden können

Seit Wochen fährt in Rinteln ein Fahrzeug störungsfrei mit dem neuen Hochstrom-Zündsystem

Rinteln (rho). Während alle über den „Katalysator" reden und viele ihn schon jetzt verfluchen, im Raum Rinteln aber noch kein einziger Autofahrer mit dem „Entgifter" und dem dazu notwendigen bleifreien Benzin fährt, hat der Rintelner Werner Herrmann gut lachen. Ohne die Schuldgefühle, die viele ernsthafte Umweltschützer – wie er selbst einer ist – immer stärker plagen, fährt er seit Wochen mit einem schwedischen Saab 900/GLI-Einspritzer, der 115 PS bringt, unbeschwert durch die Gegend. Das verdankt er einer ebenso einfachen wie genialen Erfindung, einem Hochstrom-Zündsystem, das die schädlichen Autoabgase radikal entgiftet.

Herrmann, dem vielleicht nun jemand nachsagen könnte, er sei vorschnell begeisterungsfähig, lud die Schaumburger Nachrichten zum Mitfahren in seinem schnellen Wagen ein. *„Er stottert kein bißchen, der Motor"*, sagte er am Lenkrad auf der Kurzstrecke Rinteln-Möllenbeck, obgleich das Gemisch, das sein Motor schluckt, a[illegible]g abgemagert ist. Und tatsächlich lief der Motor satt und rund. Und ehe man sich versah, war auch schon das Ziel erreicht: Die Tankstelle von Hans-Joachim Peterding, der über einen brandneuen, und wohl nur vereinzelt im hiesigen Bereich eingesetzten, aus amerikanischer Fertigung stammenden Sun-Motior-Test-Computer verfügt, der mehr als nur den CO-Wert mißt.

Das Ergebnis: Bei vervielfachter Zündenergie und einer von 50 auf 24000 Milliwatt (mW) gesteigerten Zündleistung brachte der Motor im Stand knapp 0,7 Volumen-Prozent Kohlenoxyd (CO), während andere Fahrzeuge nicht unter 1,5 bis 2,5 Prozent kommen bis zu einer gesetzlich zulässigen, beim TÜV alle zwei Jahre zu ermittelnden Obergrenze von 4,5 CO-Prozent und bei Kohlenwasserstoff (CH), der mindest[illegible]ebenso gefährlich

die Luft verpestet und mit als Krebsursacche angesehen wird, blieb der Motor bei knapp 200 Millionstel ppm, während 500 bis 1500 ppm die Regel sind.

Der musisch begabte, seit kurzem mit 60 Jahren pensionierte Lehrer ist kein Autofreak. Der Vorsitzende des in Vlotho ansässigen „Collegium Humanun", der sich schon Gedanken um Umweltschutz machte, als andere noch gar nicht wußten, was das ist, kam über eine Fachveröffentlichung an Heinz Baur aus Hardegsen/Solling, überlegte sich eine zeitlang, ob er wohl richtig damit läge, und sprach dann an den 70 Jahre alten Elektronikfachmann die Einladung aus, bei einem Wochenendseminar über sein System zu referieren. Dabei stellte sich heraus: Baurs Erfindung (Patent-Nr. 1902199) ist nicht etwa der letzte Schrei. Sie existiert schon seit 1968.

Der früher bei Thyssen und dann zehn Jahre bei der deutschen Niederlassung eines US-Konzerns tätige Baur, erfand einen Kondensator, der den Zündfunken im Brennraum des Motors um ein Vielfaches schneller zwischen den Polen einer Zündkerze wechseln läßt. „Als Ergebnis", so der Erfinder „bringt der Zündfunke selbst den magersten Kraftstoff von nur 80 Oktan zur Volleistung." Autos sollen sogar mehr PS bekommen, auf jeden Fall besser beschleunigen, und was besonders wichtig ist, den Kraftstoff nicht mehr zu 50, sondern zu 90 Prozent verbrennen.

Die Motoren werden nicht etwa überlastet, es soll sogar möglich sein, nach kurzer Einfahrzeit Supermotoren auf Normalbenzin umzustellen – und dabei auch noch Sprit zu sparen. Herrmann will das tun, sobald die Ölkohle aus der Zeit vor dem Umbau aus den Brennkammern des Motors verschwunden ist.

Wenn von Katalysatoren die Rede ist, dann wird stets auch von ihrem Preis zwischen 1500 bis 3000 Mark (bei Neuwagen) gesprochen. Die von Herrmann so gelobte Hochstromzündung, die auf dem Prinzip eines nicht mehr vorkommenden Spannungsabfalls beruht, gibt es samt Einbau schon für 330 Mark. Herrmann, der rechnen muß: „Die habe ich schon nach 10000 Kilometern wieder heraus."

Wer mehr darüber wissen will, der setzt sich am besten mit ihm selbst in Verbindung, Telefon (05751) 2930, wenn er nicht gerade mit seinem Auto auf Erprobungskurs ist.

Schaumburger Nachrichten 19.12.84

Die Autozeitschrift Road untersucht den vielgepriesenen Katalysator

Der Abgas-Katalysator ein alter Hut

Neue deutsche Erfindung: Hochstromzündung – besser und billiger!

Der Erfinder Heinz Baur, bisher auch einziger Hersteller der neuen Kondensator-Stoßentladungszündung, knausert nicht mit Versprechungen: Senkung des Kraftstoffverbrauchs – höhere Reduzierung aller Schadstoffemissionen als alle anderen Systeme – höhere Motorleistung – geringere Auspuffsystembelastung – problemlose Umstellung von Super- auf Normal-Kraftstoff. H.J. Stammel rüstete einen Chevy-Blazer und einen Lada Niva um und machte sich sachkundig. Das Ergebnis: eine echte Sensation.

Wenn man sich unseren Planeten als eine Kugel mit einem Durchmesser von einem Meter vorstellt, so beträgt auf diesem Globus:

– Die Meerestiefe von 10000 Meter	= 0,8 mm
– die durchschnittliche Meerestiefe aller Ozeane von 3400 Meter	= 0,27 mm
– die Lufthülle von 20000 Meter	= 1 , mm
– die durchschnittliche Atemluftgrenze von 5000 Meter	= 0,4 mm

Das Wasser der Weltmeere ist auf diesem Einmeterglobus nur ein foliendünner Feuchtigkeitsfilm, die Atemluft kaum noch der Hauch eines Hauchs!

Um einen Liter Benzin in einem Ottomotor verbrennen zu können, muß insgesamt 11,4 Kubikmeter Luft sämtlicher Sauerstoff entzogen werden. Bei der Umwandlung von 11,4 Kubikmeter Atemluft in Atemgift werden aber nur höchstens 25% des Kraftstoffes in Energie umgewandelt, während mehr als 75% der Energie ungenutzt bleiben und zur Schadstoffemission beitragen.

Der Katalysator

1975 wurden Abgasreiniger auf Katalysebasis in den USA, 1976 in Japan vorgeschrieben. Seither geht man allgemein davon aus, daß dieses Katalysatorsystem das beste verfügbare und erprobte sei. Aber die Tatsache, daß ein Gesetzgeber ein bestimmtes technisches Konzept auswählt und vorschreibt, sagt noch lange nichts darüber aus, ob es gleichzeitig auch das beste ist, oder ob es nicht andere und erheblich bessere Konzepte gab oder gibt. Bei solchen Entscheidungen spielen zu viele Imponderabilien (insbesondere lobbyistische) mit, als daß man ihnen nach allen bisherigen Praxiserfahrungen blind vertrauen könnte.

Der Katalysator bedient sich des Prinzips der chemischen Katalyse, bei dem eine beabsichtigte chemische Reaktion durch die Anwesenheit von Katalysatoren, die selbst hierbei chemisch nicht verändert werden, ermöglicht und beschleunigt wird. Die aus dem Motor kommenden Verbrennungsabgase passieren unmittelbar vor dem Katalysator eine Meßsonde (Lambda-Sonde), die für einen gleichbleibendenSauerstoffanteil im Gemisch sorgt. Beim Passieren durch den Dreiweg-Katalysator wird – angeblich – der überwiegende Teil der Schadstoffe in harmlose Bestandteile überführt, so etwa Kohlenmonoxid (CO), Kohlenwasserstoffe (CH) und Stickoxide (NO_x) in Kohlendioxid (das der Mensch ausatmet), Wasserdampf und Stickstoff (der normale Bestandteil der Luft ist).

Diese chemische Reaktion kann aber nur ablaufen, wenn sie unter hohen Temperaturen stattfindet. Man darf also den Katalysator als eine Art Nachbrenner bezeichnen, in dem – laut Umweltbundesamt-Kurzinformation Nr. 15/1980 v. 31.7.80 – etwa 50% der heute gültigen Grenzwerte eliminiert werden. Aber: es gibt nur einen gesetzlich vorgeschriebenen Überwachungsgrenzwert, den für CO. Er darf zwischen 2 und 4 Vol.% betragen! Grenzwerte für CH, NO_x und andere Schadstoffe gibt es nicht!

Den benötigten Hochtemperaturen sind auf Dauer nur Keramikmaterialen gewachsen, und als katalytische Waben- und Perlenbeschichtungen dienen die Edelmetalle Platin, Palladium und Rhodium. Diese Katalysatorfüllungen benötigen bleifreien Kraftstoff, weil der Klopffestigkeitszusatz Bleitetraäthyl die Edelmetallbeschichtung nachhaltig zerstören würde.

Katalysator-Nachteile

Die Vorteile des Dreiweg-Katalysators werden von den politischen Meinungs- und Entscheidungsmachern unisono nicht nur übertrieben hochgelobt, sondern auch – um der fanatischen Einfachheit und Ignoranz willen – als

das allein seligmachende Konzept der Zukunft betrachtet. Von den gravierenden Nachteilen des Katalysators ist nicht die Rede. Aber es gibt solche Nachteile, durch die der Katalysator mit zunehmder Betriebsstrecke einen erheblichen Teil seiner Aktivität verliert!

Thermische Alterung

Für eine chemische katalytische Reaktion werden einerseits bestimmte Hochtemperaturen, andererseits aber nicht zu hohe Temperaturen benötigt. Zu hohe Temperaturen führen zu einem internen Sintereffekt und zu Kristallwachstum. Es gibt Fahrtumstände, bei denen überhohe Temperaturen auftreten – so zum Beispiel bei extrem niedrigen Geschwindigkeiten und gleichzeitig hoher Motorleistung, etwa bei langen Steigungs- und Gefällkriechstrecken. Der gegenseitige Effekt einer „Unterkühlung" tritt bei gebrauchten Katalysatoren bei hohem Tempo, niedriger Motorleistung und niedriger Außentemperatur auf. Die nötige Hochtemperatur wird kaum erreicht, die chemische Reaktion findet nicht voll statt, und hierdurch wird der Katalysator chemisch vergiftet. Diese Problematik bereitet Technikern in den USA und Japan erhebliches Kopfzerbrechen. Einerseits denkt man an eine Art permanenter elektrischer Heizung, die sich automatisch an- und abschaltet, um Unterkühlung (bzw. Überhitzung) zu vermeiden, andererseits müßte eine geartete Abkühlung in Betracht gezogen werden. Lösungen sind längst nicht in Sicht. Lediglich elektrisch beheizte Lambda-Sonden bieten einige bescheidene Vorteile.

Die chemische Vergiftung

Sie ergibt sich durch Reaktionen von Kraftstoff- und Öladditiven mit der Zwischenschicht. Im Kraftstoff sind Blei, Phosphor und Schwefel enthalten. Und der sogenannte bleifreie Kraftstoff, der 0,01 Gramm Bleitetraäthyl enthält, ist ganz und gar nicht bleifrei, sondern er enthält gegenüber dem verbleiten Kraftstoff 0,15 Gramm Bleitetraäthyl! Die Zerstörung der Katalysebeschichtung wird lediglich verzögert. Aus dem Motoröl kommen Kalzium, Magnesium, Zink, Barium, Phosphor und Asche, aber auch Blei aus dem sogenannten „Bauteilverschleiß".

CHEMISCHE REAKTIONEN IN DREIWEG-KATALYSATOREN

Die Reaktionen 1. bis 4. sind Oxidationsvorgänge und die Reaktionen 5. bis 7. sind Reduktionsvorgänge, die beide gleichzeitig stattfinden. Die Reaktionen 8. bis 13. treten als Folge-Reaktionsprodukte auf.

(1)	H_nC_m	+	$(m + \frac{n}{4})\ O_2$	=	mCO_2	+	$\frac{n}{2}H_2O$		
	Kohlenwasserstoff	+	Sauerstoff		Kohlendioxid	+	Wasser		
(2)	H_nC	+	$2H_2O$	=	CO_2	+	$(2 + \frac{n}{2})\ H_2$		
	Kohlenwasserstoff	+	Wasser		Kohlendioxid	+	Wasserstoff		
(3)	CO	+	$\frac{1}{2}O_2$	=	CO_2				
	Kohlenmonoxid	+	Sauerstoff		Kohlendioxid				
(4)	CO	+	H_2O	=	CO_2	+	H_2		
	Kohlenmonoxid	+	Wasser		Kohlendioxid	+	Wasserstoff		
NO_x-Konvertierung (Reduktion)									
(5)	CO	+	NO	=	$\frac{1}{2}N_2$	+	CO_2		
	Kohlenmonoxid	+	Stickoxid		Stickstoff	+	Kohlendioxid		
(6)	H_nC_m	+	$2(m + \frac{n}{4})\ NO$	=	$(m + \frac{n}{4})\ N_2$	+	H_2O	+	mCO_2
	Kohlenwasserstoff	+	Stickoxid		Stickstoff	+	Wasser	+	Kohlendioxid
(7)	H_2	+	NO	=	$\frac{1}{2}N_2$	+	H_2O		
	Wasserstoff	+	Stickoxid		Stickstoff	+	Wasser		
Hochgiftige Restreaktionen									
(8)	SO_2	+	$\frac{1}{2}O_2$	=	SO_3				
	Schwefeldioxid	+	Sauerstoff		Schwefeltrioxid				
(9)	SO_3	+	H_2O	=	H_2SO_4				
	Schwefeltrioxid	+	Wasser		Schwefelsäure				
(10)	SO_2	+	$3\ H_2$	=	H_2S	+	$2\ H_2O$		
	Schwefeldioxid	+	Wasserstoff		Schwefelwasserstoff	+	Wasser		
(11)	$\frac{5}{2}H_2$	+	NO	=	NH_3	+	H_2O		
	Wasserstoff	+	Stickoxid		Ammoniak	+	Wasser		
(12)	$2\ NH_3$	+	$\frac{5}{2}O_2$	=	$2\ NO$	+	$3\ H_2O$		
	Ammoniak	+	Sauerstoff		Stickoxid	+	Wasser		
(13)	NH_3	+	CH_4	=	HCN	+	$3\ H_3$		
	Ammoniak	+	Methan		Cyanwasserstoff (Blausäure)	+	Wasserstoff		

Die mechanische Vergiftung

ist Folge der Abdeckung der aktiven katalysatisch wirksamen Zentren durch diese Additive.
Wie die meisten chemischen Reaktionsabläufe, so ist auch der im Katalysator ablaufende Prozeß von einer Vielzahl konstanter Bedingungen abhängig, die nur durch ein aufwendiges Regelsystem zu gewährleisten wären. Der praktische Fahrbetrieb eines Autos schließt konstante Bedingungen vollkommen aus – es kann sie niemals geben.

Schon eine defekte Zündkerze ist „tödlich"

Durch den Ausfall einer Zündkerze kommen viele Anteile unverbrannter Kohlenwasserstoffe in den Katalysator, die ihn durch zu hohe Reaktionstemperaturen „durchbrennen" lassen. Stark differierende Außentemperaturen können durch unterschiedliches Anspring-Verhalten des Keramik-Katalysators diesem schon nach kurzer Zeit eine Alterung von mehreren tausend Fahrtkilometern bescheren:
– Bei einer Außentemperatur von 20° C und sofortiger Fahrtgeschwindigkeit von 100 km/h benötigt ein neuer Katalysator ein bis zwei Minuten, bis er eine „Anspringtemperatur" von etwa 300° C erreicht hat. Bei nur 50 km/h (also Stadtbetrieb) dauert das vier bis fünf Minuten. Gealterte Katalysatoren brauchen entsprechend länger. Bei nur 50 km/h springt er oft nicht an.

Wenn man sich vorstellt, daß etwa 90% aller Fahrten im Stadtverkehr stattfinden, die rasche Minderung der Wirksamkeit durch Anspringtoleranzzeiten in Betracht zieht, winterliche Temperaturen und geringe Geschwindigkeiten berücksichtigt, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß wirklich gute Arbeitsbedingungen für Katalysatoren eine Seltenheit sind. Das führt zu dem Schluß, daß Katalysatoren im Fahrtbetrieb insgesamt mehr gesteigerte Schadstoffe emittieren, als sie andererseits reduzieren!

Obwohl ein Katalysator in den USA etwa 50000 Meilen (80000 Kilometer) wirkungsvoll sein soll, haben amerikanische Untersuchungen ergeben, daß häufig (insbesondere in Großstädten und im Winter, aber auch bei hohen Außentemperaturen) Katalysatoren bereits nach 10000 Kilometern ihren Geist aufgegeben haben! Bei entsprechenden Überprüfungen stellte sich heraus, daß jeweils mehr als 60% aller Katalysatoren nicht nur zerstört, sondern wahre Dreckschleudern waren. Das führt seither zu einer Flut von kostenlosen Ersatzlieferungen neuer Katalysatoren durch die Autohersteller (auch deutschen und japanischen).

Katalysator-Gifte, von denen niemand spricht

Man hat bisher stets von den positiven chemischen Reaktionen gelesen, die in einem Katalysator stattfinden, aber so gut wie nichts davon, daß diese nur bei brandneuen bis zu 50% stattfinden und bei gealterten entsprechend geringer.

Diese positiven chemischen Reaktionen bestehen aus einer – innerhalb von Millisekunden – gleichzeitig ablaufenden
– Oxidation, in der giftige Kohlenwasserstoffe und Kohlenmonoxid durchschnittlich zu 50% (und weniger) in harmloses Kohlendioxid, Wasserstoff und Wasser oxidiert (Oxidations-Konvertierung) und
– giftige Stickoxide zu 40% (und Weniger) in harmlosen Stickstoff reduziert werden.

Von den Sekundär-Reaktionen in gealterten Katalysatoren, bei denen aus unoxidierten und reduzierten Emissionen, Kraftstoff- und Öladditiven hochgiftige Schadstoffe entstehen, war – und ist – bislang nie die Rede:
– Schwefeltrioxid, Schwefelsäuredampf, Schwefelwas-

serstoff, Ammoniak, Stickoxid und Cyanwasserstoff (Blausäure!).

– Dem im sogenannten „bleifreien" Benzin immerhin noch mit 0,01 g/L zugefügten Anteil von Bleitetraäthyl ist Äthylenbromid oder Äthylenchlorid zugesetzt. Dadurch wird der Siedepunkt des Bleioxids wesentlich herabgesetzt und es entsteht das schon bei 180° C verdampfende Bleibromid ($PbBr_2$) oder Bleichlorid ($PbCl_2$). Durch Reduktion gibt dann der Katalysator zusätzlich verdampfte Bromsäure (HBr) oder Salzsäure (HCl) ab.

Sind verbleite Kraftstoffe unsinnig?

Es wird immer wieder behauptet, daß man Blei zum Schmieren der Ventilsitze benötige. Wie verträgt sich das mit der Tatsache, daß die Bleiadditive schon bei 180°C zu etwa 50%zu Bleioxiden verbrennen, diese aber durch die weiteren Additive von Äthylenbromid oder -chlorid wieder zu verdampfendem Bleibromid und -chlorid reduziert werden, was verhindert, daß sich Bleiasche in den Brennräumen absetzen und aufbauen kann? Zudem: Aufbauende Abbrandflächen sind niemals plan. Die Bleizusatz-Ideologie weist noch andere Ungereimtheiten auf: So benötigt Bleioxidaufbau immerhin etwa 10000 Kilometer Fahrtleistung, ehe eine entsprechende Schicht gebildet werden könnte. Danach müßten etwa Neufahrtzeuge (ohne Oxidaufbau) einem geradezu mörderischen Verschleiß unterworfen sein. Das sind sie aber nicht! Und wie wollte man erklären, daß abgas- oder alkoholbetriebene Motoren, bei denen überhaupt keine Oxidschichtbildung stattfinden kann, überaus langlebig sind?

Seit die Schadstoffemission ins öffentliche Bewußtsein gedrungen ist, sind Wissenschaftler aller Disziplinen fieberhaft mit Versuchen beschäftigt. So wurde kürzlich im Heidelberger Max-Planck-Institut nachgewiesen, daß sich das sogenannte Klopffestigkeitsmittel Bleitetraäthyl unter atmosphärischen Bedingungen in das hochgiftige Bleitriäthyl umwandelt.

Neue katalytische Beschichtung

Versuche des Hamburger Universitätsinstituts für physikalische Chemie deuten an, daß man statt der Edelmetall-Katalytbeschichtung auch sogenannte Phtalocyanine (metallorganische Komplexverbindungen) verwenden könnte, die durch eine gezielte Vorbehandlung stabilisiert und aktiviert wurden und auf keramische Wabenkörper aufgebracht sind. Aber auch hier ergeben sich ungelöste Probleme bei höheren Gasgeschwindigkeiten und Katalysatorzerstörern wie unverbrannter Kraftstoff, Ölreste, Ölkohlepartikel, Staub, Ruß und Schwebestoffe, die im Abgas enthalten sind.

Insgesamt krankt die gesamte Katalysatortechnik daran, daß in der praktischen Anwendung an der völlig ungenügenden Verbrennung in den Motorbrennräumen absolut nichts geändert wird. Die Belastung der Katalyse mit unverbrannten Rückständen ist einfach zu hoch, die chemische „Nachverbrennung" viel zu empfindlich, als daß man insgesamt von einer Senkung der Schadstoffemission am Auspuff sprechen könnte. Zieht man in Betracht, daß nur äußerst akribische laufende Katalysatorüberwachung und -wartung eine weitaus höhere Schadstoffbelastung (durch teil- oder ganz zerstörte Katalysatorfüllungen) verhindern könnte, so muß man bei nüchterner Betrachtung dem Katalysatorkonzept eine Absage erteilen. Kommt noch hinzu, daß es in nahezu allen Werkstätten überhaupt an geeigneten Meßinstrumenten fehlt. Es gibt nur die sattsam bekannten groben CO-Messer, sonst nichts! Sensible Überprüfungen sind also gar nicht möglich. CO-Werte sagen aber über die Höhe der anderen Schadstoffemissionen nichts aus. Es ist häufig sogar der Fall, daß bei Niedrigeinstellung der CO-Werte alle anderen Emissionen erhöht werden!

Auszugsweise entnommen aus der Auto-Zeitschrift „Off Road", Jan. 1985

Atomenergie

Gibt es einen Zusammenhang zwischen Atomkraftwerken und Radioaktivität? Die Bundesregierung sagt 'nein', aber sie hielt auch bereits Anfang der siebziger Jahre das Problem Atommüll für gelöst und die Atomenergie für sehr wirtschaftlich. Die nachfolgenden Beiträge lassen erkennen, wie berechtigt die Bedenken der Bürgerbewegung waren und sind.

Atomkraftwerke und Waldsterben

Auszug aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Ehmke (Ettlingen) und der Fraktion DIE GRÜNEN – Drucksache 10/1630 und 10/1730

Um die These eines Zusammenhangs zwischen dem derzeitigen Waldsterben und den radioaktiven Ableitungen aus Kernkraftwerken zu prüfen, wurde im Auftrag des Bundesministers des Inneren eine gezielte Literaturrecherche durchgeführt. Diese hat ergeben, daß die Behauptung, radioaktive Ableitungen aus Kernkraftwerken trügen zum Waldsterben bei, nicht haltbar ist. Die von Professor Reichelt, Dr. Seelig und Jäckel vertretene These eines Zusammenhamgs zwischen Kernenergie und Waldsterben wird durch Untersuchungen des Kernforschungszentrums Karlsruhe und der Eidgenössischen Kommission zur Überwachung der Radioaktivität widerlegt. Nach Mitteilung der obersten Landesbehörde sind lediglich in Baden-Württemberg Untersuchungsaufträge zur Prüfung eines eventuellen Zusammenhangs zwischen Kernenergie und Waldsterben erteilt worden. Ergebnisse ligen bisher noch nicht vor.

> In welcher Form wird die Bundesregierung den erkennbaren Forschungsbedarf zur Aufklärung eines möglichen Zusammenhangs zwischen den Emissionen von atomtechnischen Anlagen und der Schädigung der Waldbäume abdecken?

Im Hinblick auf einen Zusammenhang zwischen Waldsterben und Kernenergie ist für die Bundesregierung kein weiterer Forschungsbedarf erkennbar. Unabhängig davon werden Untersuchungen über allgemeine ökologische Zusammenhänge im Sinne der Grundlagenforschung für sinnvoll gehalten und fortgeführt.

Der ganze Text kann im Bundestag angefordert werden.

An das Verwaltungsgericht Oldenburg

Auszug aus einer Eingabe von Wilhelm Schulte, Schulweg 10, 7821 Eisenbach II

Im Übrigen haben die inzwischen eingetretenen Tatsachen des Waldsterbens längst bewiesen, **daß alle Kläger gegen den AKW Bau und Betrieb im Recht sind.** Nur die über das Recht bestimmen, bestreiten noch die Tatsache, daß neben oder zu der bekannten Luftverschmutzung Radioaktivität die Hauptursache des Waldsterbens ist.

Was sich im Bundestag der letzten Monate abspielt, ist der Gipfel von Verlogenheit. Die ca. 500 Abgeordneten einschl. der Grünen können nicht so unwissend sein, daß sie von den Ergebnissen freier Wissenschaftler nichts wüßten. Warum wird bei allem heftigsten Streit und gegenseitigen „Schuldzuweisungen" in allen Fragen der Lebens- und Umweltschädigung die mögliche Mitschuld seitens der Atomkraftwerke (und den giftigen Kondensstreifen der Düsenjäger über dem Schwarzwald) so sorgfältig ausgeklammert? Da muß doch ein strenger Befehl vorliegen, dem nicht nur der ganze Bundestag – sondern auch die Bundesregierung hörig ist! Diese geheime Macht, der alle Staaten gehorchen müssen, ist seit 1975 gar nicht mehr geheim. Wer statt Demontrationen und lautstarken Resolutionen aller Art der Wurzel aller sozialen Übeln auf den Grund gehen will – und nur durch dieses Wissen sind die herrschenden Übel überwindbar – der findet sie in der Bücherei der Freiburger Universität. Dort gibt es eine Doktorantenarbeit mit dem Titel:
Staatliche Forschungs- und Entwicklungspolitik im Spannungsfeld zwischen Regierung, Parlament und privaten Experten. Untersucht am Beispiel der Atompolitik.
Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau, vorgelegt von Jürgen Peter **Pech** aus Bitburg/Eifel 1975.

Die ganze heutige Alternative – samt der noch zu klein karierten Partei „die Grünen" – könnte größere soziale Ziele in Angriff nehmen durch Bewußtmachung des Inhaltes dieses Buches. Die gründliche Untersuchung aller Vorgänge in der Atompolitik kommt zu dem Ergebnis: **Die Bundesregierung ist nur noch Befehlsempfänger der Atom-Mafia!**

Hinter dieser Mafia verbirgt sich die Welt-Hochfinanz, welche der Bundesregierung bis heute über 600 Milliarden Schulden aufgezwungen hat. Der größte Anteil dieser Verschuldung ist die Investion im AKW-Bau. Wenn die Gesamtkosten des Atomstroms wie in einer ehrlichen Wirtschaft im Preis der Kilowattstunde einkalkuliert sein würden, also auch die Kosten für restlose Beseitigung der ausgedienten „strahlenden Ruinen" bis zur Wiederherstellung des Baugeländes zu brauchbarem Kulturland – Die „Grünen" wären berufen, von der Bundesregierung zu fordern, diesen Gesamtpreis in die gelieferten Kilowattstunden einzukalkulieren –, dann müßten alle Stromverbraucher wegen des unerschwinglichen hohen Atom-Strompreis so radikal sparen, daß sämtliche AKW stillgelegt werden müßten. Darum verschweigt die Bundesregierung diesen Preis und erhebt ihn durch Steuern. **60 Milliarden DM jährlich an Zinsen** für den so angewachsenen Schuldenberg müssen lt. kürzlicher Aussage des Finanzminister Stoltenberg die Steuerzahler aufbringen. So sieht die Kehrseite aus von dem „so billigen Atomstrom". Es ist nicht nur die größte Lüge aller Zeiten, sondern hier ist auch die Preisfrage zu stellen: „Wer ist der größte Terrorist aller Zeiten??? – Es war der Initiator von der „Nacht- und Nebel-Aktion von Brockdorf" Wer kennt seinen Namen?

Die jüngsten Debatten im Bundestag über Finanzen und Steuerpolitik, ob Groß- oder Kleinverdiener zusätzlich zahlen sollen, und wobei eine jährliche Erhöhung des Schuldenberges um „nur 27 Milliarden DM" schon als Sparerfolg registriert wird, sowie alle vorgeschlagenen Zaubermittel zur Verringerung der Arbeitslosenzahl sind alle nur für Hörer, die das „Denken" verlernt haben.

„Der schnelle Brüter"

Störfall am „Schnellen Brüter"

„Auf dem Dach des Reaktoraußengebäudes im Kernkraftwerk „Schneller Brüter" in Kalkar ist am 22. November eine größere Menge Natrium in Brand geraten. Die Betreibergesellschaft hat den Störfall bisher geheimgehalten. Das Vorkommnis hat bei dem nordrhein-westfälischen Arbeitsminister Friedhelm Farthmann „starke Zweifel an der Zuverlässigkeit der Kernkraftwerksbetreiber ausgelöst. (ap)"

Am 4. Januar 1985 ist auf der ersten Seite der Frankfurter Rundschau als Überschrift zu lesen: „Selbst die Industrie bezweifelte die Rentabilität des Brüters (Kalkar-Kraftwerk, Schneller Brüter – SNR – 300)."

Selbst die Industrie bezweifelte die Rentabilität des Brüters

Politikwissenschaftler zeichnet Entwicklungs- und Bauphase des zehn Milliarden Mark teueren Kalkar-Kraftwerks SNR-300 nach

FRANKFURT A. M., 3. Januar. Zu dem überraschenden Ergebnis, daß die Herstellerfirmen des Zehn-Milliarden-Mark-Projekts „Schneller Brüter" in Kalkar und die Elektrizitätsgesellschaften die wirtschaftlichen Aussichten dieses umstrittenen Atomkraftwerkes von Anfang an recht skeptisch beurteilten, kommt der Politikwissenschaftler Otto **Keck** in einem Beitrag für eine Schriftenreihe des Wissenschaftszentrums Berlin. Er stützt sich dabei auf Interviews mit Beteiligten in Industrie und Beamtenschaft, außerdem auf die Akten der Beratungsgremien, in denen die Vorentscheidungen für den Bau eines bundesdeutschen Brüterprojekts zwischen der Mitte der 50er Jahre bis zum Baubeschluß 1972 fielen. Die negative Einschätzung hätten die Firmen jedoch weitgehend für sich behalten, schreibt Keck, in den seltenen Fällen von Offenheit aber seien sie von den Physikern des Karlsruher Kernforschungszentrums (KFK), der treibenden Kraft hinter den Brüterplänen, und dem zuständigen Bonner Ministerium nicht ernst genommen worden.

In einem historischen Exkurs („Physikertraum versus wirtschaftliche Realität") schreibt Keck, das Projekt des Schnellen Brüters sei seit 1960 hauptsächlich entwikkelt worden, um den damals fast 100 Wissenschaftlern und Ingenieuren des KFK und dem Zentrum „überhaupt eine sinnvolle Aufgabe zu geben" und ihnen die Entlassung nach dem Bau der dortigen Forschungsreaktoren zu ersparen. Bis in die Mitte der 60er Jahre sei das Projekt alleine aus Mitteln des damaligen Bonner Atomministeriums und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), also ohne Industriebeteiligung, finanziert worden. Die 1960 noch offengehaltene Möglichkeit, das Projekt wegen Unrentabilität oder technischer Probleme einzustellen, wurde laut Keck ausgeschlossen, als die EURATOM den Mitgliedsländern beträchtliche Mittel für deren Brüterprojekte anbot: „Ohne weitere Diskussion der wirtschaftlichen Aussichten des Schnellen Brüters wurden die geplanten Projektausgaben von 25 auf 250 Millionen Mark erhöht und das Projekt bis 1967 verlängert."

Als 1965 die nächste Phase des Projekts, der Entwurf von zwei großen Projekttypkraftwerken anstand (eines dampfgekühlten und eines natriumgekühlten), trat dann nach Keck wieder zutage, was Reaktorbaufirmen und Elektrizitätsgesellschaften von dem Brüter hielten. Die beiden Argumente der Karlsruher Wissenschaftler für das Großprojekt, nämlich, daß man der aggressiven US-Konkurrenz Paroli bieten müsse und daß ein Brüter Strom schon in den 70er Jahren 15 Prozent billiger erzeugen würde als ein normales Atomkraftwerk, wurden damals – so erfuhr Keck in Interviews mit den Beteiligten – in der Industrie nicht ernst genommen. In dem Beratungsgremium des Wissenschaftsministeriums brachten die Repräsentanten der Industrie diese Einschätzung allerdings nicht zur Sprache. Keck erklärt dies unter anderem mit den hohen Geldmitteln, die Bonn bei einer positiven Entscheidung bereit war zu investieren.

Als jedoch Hersteller und E-Werke Ende 1965 gefragt wurden, ob sie bereit seien, einen finanziellen Beitrag zu den Kosten der Brüterentwicklung zu leisten, winkten zuerst die Stromwerke, dann die Herstellerindustrie ab. Letztere wies laut Keck etwa darauf hin, das Projekt biete noch große Unsicherheiten. Dies stand in besonders krassem Gegensatz zu den Erwartungen des KFK, die zu der Zeit den Baubeginn für den ersten wirtschaftlich arbeitenden Brüter für 1973 annahmen.

Keck faßte zusammen, daß immer dann, wenn die Frage der Finanzbeteiligung der Industrie aufgeworfen wurde, die negative Haltung deutlich wurde. 1966 lud General Electric zur Zusammenarbeit beim Bau eines kleinen dampfgekühlten Brüters ein, die in der Bundesrepublik federführende AEG lehnte dies ab – der Vorschlag wurde ohne weitere Diskussion fallengelassen. 1968/69 wurden die Entwurfsarbeiten für den bundesdeutschen dampfgekühlten Brüter eingestellt. Grund: Die AEG, aufgefordert, sich mit eigenem Geld an den Entwicklungskosten zu beteiligen, stimmte lieber dem Ende der Arbeiten zu. Spätere Eigenbeteiligungen der Industrie am Kalkar-Brüter sind laut Keck zum größten Teil „kosmetisch", da sie aus den Gewinnen der Firmen bezahlt werden durften, die diese beim Verkauf der Brüterteile an den Staat machten. Der Beitrag der E-Werke beläuft sich derzeit auf 1,34 Milliarden Mark.

Keck zieht als Fazit aus seiner Untersuchung, daß bei direkter staatlicher Förderung industrieller Technologie eine Eigenbeteiligung der Industrie gefordert werden muß. Nur dann sei Aufschluß über die Sinnhaftigkeit der Projekte zu bekommen. „Der Staat könne nicht erwarten, daß Experten ihn auch dann objektiv informieren, wenn daraus dem Experten selbst oder der Organisation, in der er tätig ist, ein Nachteil entstehen würde."

FR. 4.1.85

Mit dem Bauern stirbt der Boden

Es ist schon als Fortschritt zu begrüßen, daß die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen, Bonn, ihr diesjähriges „Umweltforum '84" in München unter das Generalthema Landwirtschaft stellte.

Leider wird aber immer wieder versäumt, klar herauszustellen, daß eine seit Jahrzehnten falsch gesteuerte Agrarpolitik Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft festlegte, die das Bauerntum rücksichtslos dezimierten und zum Paria der Volkswirtschaft stempelten, die statt ökologisch verantwortbarer Bodenpflege die Landwirtschaft veranlaßten, zur Vergrößerung, Spezialisierung und Anwendung von Agrargiften überzugehen mit den unausbleiblichen Folgen rücksichtsloser Bodenzerstörung.

So kann es geschehen, daß der Bauernverband, der eigentlich der geborene Sprecher des Natur- und Bodenschutzes sein sollte, immer wieder aus wirtschaftlichen Gründen in die Gegenfront der Agrarchemie gedrängt wird.

Wir müssen schon den Mut haben, auszusprechen, daß der Landwirtschaft Jahr für Jahr 15 Mrd. DM vorenthalten werden, wenn auf unterstem Niveau eine Gleichbewertung der Bauernarbeit mit anderen volkswirtschaftlichen Tätigkeiten erreicht werden soll. Der ökologische Landbau erfüllt hier eine agrarpolitische Vorkämpferfunktion, daß man unter Verzicht auf Agrarchemie besser und billiger wirtschaften kann, die Umwelt schützt und die Bodenfruchtbarkeit verbessert. Wir erleben, daß der denkende Verbraucher solche Lebensmittel der übrigen Massenproduktion vorzieht und im eigenen Interesse höher bewertet.

Die augenblickliche Agrarpolitik stellt unsere Kultur, unsere Sicherheit, unsere ganze Existenz als Volk aufs Spiel, wenn weiterhin die Gesundheit und Leistungskraft des uns verbliebenen Heimatbodens vergiftet und zerstört wird und dem Waldsterben das Ackersterben folgt. Darauf wies Prof. Preuschen eindringlich hin. Den Ablauf der Veranstaltung entnehmen wir der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 24.11.84.

Erich Siefert



Ludwig Richter

Der Wintergast

Therapieversuch bei Waldsterben

In Ergänzung des Beitrages von Dr. Schell in LSI 10/84 bringen wir den Hinweis der Firma SUPRA-CELL, mit deren Präparaten Dr. Schell seine Versuche unternimmt. Es wäre wünschenswert, daß die Zahl der Versuche besonders auf unterschiedlichen Standorten und bei verschiedenen Baumarten vergrößert wird. Wer sich beteiligen möchte, wird dringend gebeten, genau „Buch zuführen" über die Spritzungen und die Ergebnisse und einen Bericht an Dr. Schell zu schicken.

SILVA – Gebrauchsinformation

Wir danken für Ihr Interesse an der weiteren Erprobung unserer biologischen Wirkstoffkombination.

Die im ersten Versuchsjahr gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen wollen wir auf unterschiedlichen Böden und bei verschiedenen Pflanzen weiter ausbauen.

Hauptanwendungszeit ist die Vegetationsperiode von März bis September. Es können aber auch bei frostfreier Witterung von Oktober bis Februar Behandlungen durchgeführt werden.

Die beiden Wirkstoffkombinationen SILVA I und SILVA II werden im Abstand von 2-4 Wochen wechselweise im Gießverfahren unter den Bäumen bzw. im Garten und auf dem Feld ausgebracht.

Z.B. März SILVA I – April SILVA II – Mai SILVA I – Juni SILVA II usw. Es sind in der Regel 4 bis 6 Behandlungen angezeigt.

Die Wirkstoffe werden im Verhältnis 1:1000 in Wasser gelöst ausgebracht. 1-2 Liter pro Qudratmeter sind ausreichend. Sollte mehr ausgebracht werden, ist dies keineswegs schädlich. Auf feuchten Böden kann die Dosierung auf 100 ml bis 500 ml pro m^2 reduziert werden. Die Wirkstoffe sind für Menschen, Tiere und Pflanzen absolut ungiftig. Sie sollten unbedingt in sauberen, giftfreien Behältnissen gelöst werden.

Dosiertabelle:

10 ml in	10 Litern Wasser	für	5- 100 m^2
50 ml in	50 „ „	für	20- 500 m^2
100 ml in	100 „ „	für	50- 1000 m^2
500 ml in	500 „ „	für	100- 5000 m^2
1000 ml (1L) in	1000 l „	für	500-10000 m^2

Um eine gute Lösung der Wirkstoffe in Wasser zu gewährleisten, sollte in wenig Wasser eingerührt und mit kräftigem Strahl aufgefüllt werden.

Direkt zu beziehen durch:
SUPRA-CELL, Schwanenstraße 13, 7580 Bühl, Baden, Tel. 07223-23658.

Aus der Arbeit des LV Niedersachsen

Bundeskonferenz der Anti-Akw-Bewegung

Sie fand in Braunschweig vom 23.-25.11.1984 statt. Natürlich waren die jungen Menschen zwischen 20 und 30 Jahren hauptsächlich vertreten. Daher auch der Drang, gleich tätig zu werden, zumal die BRD im Sturmschritt in den Atomstaat marschiert. Das Nicht-Hinnehmen der Kriminalisierung der Bewegung durch die etablierten Parteien war ein roter Faden, der sich durch die ganze Bundeskonferenz zog. Denn gegen Naturzerstörung und Demokratie-Demontage muß mit aller Macht angegangen werden. Dieser Weg führt natürlich zur Eskalation beider Seiten und es fragt sich nur, wo endet er? In bürgerkriegsähnlichen Zuständen, oder wird der Umweltschutz in die Verfassung aufgenommen, wie bereits in Bayern seit 1.7. vorigen Jahres? Dann hätte der Staat eine sog. „legitime" Rechtsgrundlage, um bei passender Gelegenheit die Umweltschutzverbände oder Bürgerinitiativen aufzulösen. Der Umweltschutz wird dann Hoheitsaufgabe des Staates wie Post und Bahn.

Über der Bundeskonferenz lag unsere bekannte Ohnmacht, der Umweltzerstörung wirksam Einhalt zu gebieten. Prof. J. Scheer beschwor daher immer wieder die Teilnehmer, nicht zu sehr in Einzelinitiativen zu verfallen, sondern eine Gemeinschaft in Strategie und Aufgabe zu entwickeln. 20 Arbeitsgruppen tagten, die Themen reichten von Anti-Akw-Widerstand, Aktionen im Wendland, Atommülltransporte, Kriminalisierung über Akzeptanzforschung, Radioaktivität und Waldsterben bis zu regenerativen Energiequellen. Zwei Dinge will ich als Charakteristikum nur herausgreifen.

Der WSL und der BUND versuchten auf die Zusammenhänge zwischen Radioaktivität und Waldsterben durch Arbeitsmaterial, Kurzvorträge und Dias hinzuweisen. Diese Erkenntnisse wären eine der stärksten Waffen gegen die Atomlobby. Wir sind nicht mit unseren Argumenten durchgedrungen. Wissenschaft wäre bei der Jugend nicht gefragt, hieß es. Nun hängt es allerdings auch davon ab, wie man sie anbringt. Auf der anderen Seite ist die Anti-Akw-Bewegung zu stark auf Plutonium und Atombomben fixiert und hat ihr Bewußtsein noch nicht genügend auf die Umwelt- und Lebensschutzprobleme erweitern können. Der Mensch wird geformt durch das, womit er umgeht. Das sollten wir nicht vergessen. – Nur ein einziger Vorschlag war vorhanden, nach Wegen und Möglichkeiten zu suchen, um die künstliche Radioaktivität und deren Schäden zu neutralisieren bzw. auszuheilen. Alle chemischen Gifte können unschädlich gemacht werden. Den Heilungsfaktor für die künstliche Radioaktivität haben wir noch nicht gefunden bzw. gesucht. Dieser Vorschlag kam überhaupt nicht zur Diskussion. Wenn wir noch lange damit warten und nur ständig auf die Schäden und Ursachen hinweisen, haben wir die Chance verpaßt. Natürlich müssen wir uns weiterhin verstärkt für die Stillegung sämtlicher Akw's einsetzen. Doch sollten Biologen, Mediziner, Physiker, Geisteswissenschaftler (die volle Wirklichkeit ist nun einmal Geist **und** Materie) und andere verantwortungsvolle Menschen sich dieser Aufgabe annehmen.

In Hanau entsteht durch mehrere Nuklearbetriebe die Möglichkeit, Atomwaffen herzustellen. Dort wird Uran bis zu 80% angereichert, ab 20% ist es waffenfähig, ab 80% geeignet zur Anfertigung von Atombomben. Außerdem lagert dort in großen Mengen Bombenplutonium. In einigen Jahren läuft der Atomwaffensperrvertrag aus. Im September 1985 findet in Genf eine Konferenz zu diesem Thema statt. Unsere Bundesrepublik nimmt daran teil. Atomkraftwerke, Urananreicherungsanlagen, Schneller Brüter und Wiederaufarbeitungsanlagen sind die Säulen eines Staates, der selbst Atomwaffen herstellen und demnach auch gebrauchen will.

Nun, davor wollen wir nicht kapitulieren. Wir sollten nur verstärkt auch unsere geistigen Kräfte, die positiven und menschlichen, willentlich aktivieren. Aus den unmenschlichen und finsteren geistigen Kräften wurde und wird die Atomkernspaltung betrieben. Dieser Kampf wird also primär im Geistigen ausgetragen. Das Umweltproblem ist heute nicht mehr in 1. Minute ein Informationsproblem, es ist jetzt eine psychologische, pädagogische und therapeutische Aufgabe geworden. Wir müssen nun bei uns selbst den Umschwung, die Wende vollbringen!

Dieter Dürich

Schwermetall belastet die Äcker

München. Nur durch eine durchgreifende Reform der Landwirtschaft sowohl auf europäischer Ebene wie auch in agrartechnischer Hinsicht kann nach Ansicht des nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministers Klaus Matthiesen die Gefahr eines „Bodensterbens" abgewendet werden. Auf dem „Umweltforum '84", einer Arbeitsgemeinschaft, die 1970 in Bonn als „Clearingstelle" der Umweltdiskussion gegründet wurde, sprach sich der SPD-Politiker am Freitag in München für ein „Bündnis der Vernunft zwischen Landwirtschaft und Naturschützern" aus. Dazu gehören auch, daß die „wechselseitigen Schützengräben" verlassen würden.

Als Vertreter der Landwirtschaft meinte **Reiner Latten,** Umweltschutzbeauftragter des Deutschen Bauernverbandes, es gebe inzwischen eine „deutliche Bereitschaft" der Landwirte, den Naturschutzforderungen zu entsprechen, „soweit diese praktisch umsetzbar" seien. Latten warnte aber davor, die wirtschaftlichen Auflagen für die Landwirtschaft zu verschärfen und damit den Strukturwandel zu beschleunigen: „Wir dürfen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten."

Der Weihenstephaner Landschaftsökologe Professor **Dr. Wolfgang Haber** sprach von einer „Perversion landwirtschaftlicher Bodenbehandlung" im Zusammenhang mit der übermäßigen Nährstoffanreicherung. Nicht zuletzt durch moderne landwirtschaftliche Produktionsmethoden seien inzwischen 30 bis 40 Prozent der Pflanzen- und Tierarten gefährdet. Als besonders schwerwiegend nannte Haber den Eintrag des Schwermetalls Cadmium in die Böden, der zu großer Besorgnis Anlaß gebe. Es sei Zeit, nun den nachteiligen Veränderungen der Agrarwirtschaft der letzten 20 bis 30 Jahre entgegenzuwirken. Dazu bedürfe es aber auch einer veränderten Haltung gegenüber dem Wachstumsdenken auch in diesem Bereich.

Der bayerische Umweltminister **Alfred Dick (CSU)** versicherte, die Bodennutzung spiele im Freistaat eine „hervorragende Rolle". Dies werde nicht zuletzt deutlich aus der Tatsache, daß sein Ministerium ein eigenes Referat „Bodennutzung" eingerichtet habe. Dick setzte sich dafür ein, den Schutz des Bodens sofort zu verstärken. Dies müsse durch eine Änderung der EG-Agrarordnung ebenso geschehen wie durch die Wegnahme des Drucks auf die Landwirtschaft, die bislang gezwungen gewesen sei, jeden Quadratmeter Boden zu nutzen. Er kündigte gleichzeitig verstärkte Hilfestellung für die Landwirte im Bereich der Beratung an.

Hubert Weinzierl, der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (Bund), forderte eine „ökologische Bodenreform". Da das öffentliche bundesdeutsche Straßennetz mit 480.000 Kilometern bereits das Zwölffache des Erdumfangs erreicht habe und im Bundesgebiet eine Fläche so groß wie das Saarland asphaltiert sei, dürfte kein weiteres Land verbraucht werden. Angesichts der Schadstoffbelastung der Böden durch die Landwirtschaft und der europaweiten Überproduktion müsse in Erwägung gezogen werden, die landwirtschaftliche Nutzung einzuschränken oder ganz zu verbieten.

„Augsburger Allgemeine Zeitung" 24.11.84

Wassernutzung

Auszug aus LZ Rheinland
Nr. 47, vom 24. November 1984, Seite 3079

Nach einer Übersicht des Statistischen Bundesamtes werden jährlich der Natur im Bundesgebiet für Wirtschaft und Haushalte gut 40 Mrd. m³ Wasser entnommen, davon 81 v.H. als Oberflächenwasser, 17 v.H. als Grund- und Quellwasser sowie 2 v.H. als Uferfiltrat. Die größte Wassermenge – etwa 60 v.H. – entfällt auf die Wärmekraftwerke der öffentlichen Versorgung. Das verarbeitende Gewerbe beansprucht 20 v.H., der Bergbau 6 v.H und die öffentliche Wasserversorgung gut 12 v.H. Die Landwirtschaft ist an der Wasserentnahme nur mit knapp 0,5 v.H. beteiligt. Bemerkenswert ist, daß jeder Kubikmeter eingesetztes Wasser durchschnittlich 2,2 mal genutzt wird. Etwa 40 Mrd. m³ werden wieder als Abwasser in die Verfluter geleitet. Davon ist knapp ein Viertel mechanisch oder biologisch gereinigt.

AID

Ärzte und Atom

Auszug aus einem Brief von Prof. Dr. Gottstein

Betrifft:
Publikation in „Wehrmedizinische Monatsschrift", Heft 2, S. 51-58, 1984 über
„Ethische Gesichtspunkte für den Dienst des Sanitätsoffiziers bei Katastrophen und im Verteidigungsfall" von Herrn Militärdekan R. Wagner.
Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr, Godesberger Allee 107a, 5300 Bonn 2.

Sehr geehrter Herr Militärdekan!

Als gläubiger Christ, Chefarzt einer großen Klinik mit Intensivsation, Mitglied mehrer Ausschüsse der Ärztekammern und gleichzeitig Vorstandsmitglied der IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges) habe ich mit Bestürzung und echter Trauer Ihren Beitrag gelesen.

Leider beteiligen Sie sich an der unberechtigten Kritik am ärztlichen Beruf und an der Einstellung der IPPNW, die immerhin von mehr als 50%der deutschen Ärzte getragen wird.

Über die Ethik des Sanitätsoffiziers sollte ein Arzt sprechen. Der würde dann auch verstehen, weswegen 6.000 Ärzte die „Frankfurter Erklärung" unterschrieben haben. Sie haben nämlich mit dieser Unterschrift nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß sie im Kriegsfall nicht helfen würden, daß sie nicht all ihre Fähigkeiten und ihren Mut einsetzen würden, daß sie nicht Sterbende begleiten würden, sondern sie haben mit ihrer Unterschrift zum Ausdruck gebracht, daß sie etwas für die Verhütung dieses unmenschlichen Krieges tun möchten. Als Arzt, aber ganz besonders auch als Christ, muß ich alles in meiner Macht stehende tun, um die Zerstörung von Gottes Schöpfung zu verhindern oder zu verhüten.

Darf ich Ihnen als Nicht-Mediziner ein Beispiel bringen, das freilich hinkt, aber vielleicht doch die Problematik klarmacht: Würden wir erkennen, daß bestimmte Fabriken dabei sind, unfallträchtige Autos zu bauen, dann würden wir nicht fordern, daß mehr Unfallmediziner ausgebildet und alle Ärzte in der Versorgung von Autounfall-Frakturen ausgebildet werden, sondern wir würden für die Schließung dieser Fabriken eintreten. Mit anderen Worten, nur wenn es gelingt, das Weltgewissen zu erwekken, und zwar in Ost und West, besteht eine Chance, daß diese nach unserer christlichen Auffassung nicht gottgewollte Zerstörung von Gottes Schöpfung verhindert wird.

Wenn wir all unsere Zeit verwenden, um das Überleben von Katastrophen zu üben, nicht aber all unsere Kraft einsetzen, das Auftreten der Katastrophen zu verhindern bzw. zu verhüten, dann wird diese entsetzliche Spirale der gegenseitigen Verteufelung und Bedrohung weitergehen.

Gerade die Kirchen und die Ärzte haben die große Aufgabe, die Bevölkerung und damit die Politiker in Ost und West – Politiker sind nichts anderes als ganz gewöhnliche Menschen, wie Sie und ich auch – aufzurufen, daß sie auf dem verhängnisvollen Weg haltmachen müssen. Wir Ärzte und Naturwissenschaftler müssen den Menschen zurufen, daß es im Atomkrieg keine ärztliche Hilfe gibt, auch kaum diejenige, die Sie für die Sanitätsoffiziere dargestellt haben. Die Kirchen müssen, wie dies die Katholische Bischofskonferenz sowie der Nationalkonvent der Evangelischen Kirchen Amerikas, der Papst, die Katholischen Bischöfe Österreichs, und z.T. auch die Evangelische Kirche der Bundesrepublik getan haben, eindeutig erklären, daß Drohung und Einsatz von Atomwaffen gegen Gottes Gebote verstoßen. Es ist unmöglich mit unserem Glauben an Gott und den Herrn Christus zu vereinbaren, mit Atomwaffen Hunderttausende oder Millionen von Menschen zu ermorden, gleichzeitig die Tiere und Pflanzen, Erde, Wasser und Luft und alle Kulturgüter zu zerstören. Wie können Sie als Pastor Ihrer Gemeinde als Vorgesetzter Ihrer anderen Pastoren, so eindeutig die Sanitätsoffiziere zu ihrer Pflicht mahnen, ohne gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß Vorbeugen viel wichtiger ist, als hinterher Heilversuche anzustellen, daß wir alles in unserer Macht Stehende tun müssen, um die Katastrophe zu verhüten.

Prof. Dr. U. Gottstein, Farnkfurt/Main
Chefarzt der Medizinischen Klinik des Bürgerhospitals
Ärzte-Rundbrief 12/84

Veranstaltungen der deutschen reform-jugend

Bewußte und naturgemäße Lebensführung, intensive Auseinandersetzung mit Fragen der Gegenwart, vielfältige musische und handwerkliche Aktivitäten, zwischenmenschliche Offenheit, Toleranz und Harmonie – das sind nur einige Grundzüge der lebensreformerischen Jugendarbeit der drj.

Im kommenden Sommer finden bundesweit Seminare, Treffen und Lager statt, zu denen interessierte junge Menschen herzlich eingeladen sind:

Sommerlager '85:

20.7.-11.8.85	Jüngerenlager (10-13jährige) auf einer nordfriesischen Insel
7.8.-21.8.85	Schwarzwaldjüngerenlager, 10-13jährige
7.8.-24.8.85	Albert-Schweitzer-Lager in den Vogesen, 14-18jährige
25.7.- 7.8.85	Tanzlager am Edersee (ab ca. 15 Jahren)
27.7.-10.8.85	Internationales Lager in Susch/Engadin, Schweiz.

Ausführliche Informationen über die Wege und Ziele der drj, ihre Treffen, Lager und Seminare sowie sonstige Veranstaltungen sind erhältlich bei Sabine Gräff, Sandböhl 8, 6080 Groß Gerau (Bundesauskunftsstelle).

Hinweis – wichtig!

Alle **Einsender von Zeitungsausschnitten** werden dringend gebeten, Namen und Datum der Zeitung auf dem Abschnitt zu vermerken. Wenn beides aus der betreffenden Zeitung ausgeschnitten und aufgeklebt wird, kann der Abschnitt weiterhin als Drucksache geschickt werden, dies geht bei handschriftlicher Angabe des Namens nicht mehr.

Eigene Beiträge bitte immer auf einem vom Begleitbrief getrennten Blatt, bei dem die Unterschrift ebenfalls mit Schreibmaschine geschrieben sein sollte, damit der für die Veröffentlichung bestimmte Text direkt zum Setzen gegeben werden kann, ohne umgeschreiben etc.

Herzlichen Dank für alle Unterstützung. Die Beiträge von Lesern für Leser sind immer dann besonders interessant, wenn sie Hinweise geben, was der einzelne bereits tut und wie es mit Erfolg gemacht wurde. Allgemeine Überlegungen gibt es inzwischen mehr als genug.

Gesundheit und Erholung

– AUSLAND –

– INLAND –



Geschäftliche Empfehlungen



Herausgeber, Verleger: WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland e.V., Bretthorststraße 221 · 4973 Vlotho · Telefon 05733/7330
Bankverbindung: Volksbank Vlotho e.G. Kto.-Nr. 15556300 (BLZ 49062112) · Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307
Schriftleitung: Ernst O. Cohrs, 2130 Rotenburg/Wümme, Postfach 1165, Am Bahnhof, Telefon 04261/3106
Anzeigen: Frieda Jonigkeit-Klinksiek, Bretthorststraße 221, 4973 Vlotho, Telefon 05733/7330
Bezugsgebühr: jährlich 20,– DM einschl. 6,5% MWSt. Erscheint einmal monatlich.
Druck: Deppe + Hölscher-Druck · Buch- + Offsetdruck · Lange Straße 94 · 4973 Vlotho · Telefon 05733/5010

Umweltschutzpapier aus 100% Altpapier – hergestellt ohne Gewässerbelastung, Bleichung oder Färbung.